

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 10 III. Verkaufspreis: Zwei Markten 2895 und 2896.

Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Interests haben die Redaktionsstelle ober deren Name 70 Pf. „Meine Ansichten“ das fortgesetzte Wort 20 Pf. jedes weitere Wort 15 Pf. Erinnerungszugang 20 Pf. Bei Familien- und Vereinskundensangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Instruktion für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6. Schiffbauerdamm 10, Verkaufsstelle: Zwei Markten 2895.

Kaiserfeier im Großen Hauptquartier.

Das Hauptquartier der sozialistischen Republik.

In der Nacht vom 26.—27. Januar fand im Großen Hauptquartier in Anwesenheit von Hindenburg und Groener eine Kaisergeburtstagsfeier statt. An der Feier nahmen die zum Generalstab des Feldheeres gehörigen Offiziere teil.

Das hindert natürlich die Herren nicht, wiederum auf dem Boden der Republik zu stehen und die Regierung Eberth-Schredemann als ihre besten Mitarbeiter zu feiern. Dieser Herren wegen dürfen die Soldatenforderungen nicht durchgeführt werden und müssen die Soldatenräte allen wirklichen Einflusses beraubt werden.

Trennung von Schule und Kirche in Bayern.

München, den 28. Januar. Das bayerische Kultusministerium erläßt zur Frage der Trennung von Schule und Kirche eine Verordnung, wonach gegen den Willen des Erziehungsberechtigten künftig ein Kind nicht mehr zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden kann. Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klassenlehrer abgegebenen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Besuch des Religionsunterrichts entbunden. Die Schule darf, den Lehrplanmäßigen Religionsunterricht ausgenommen, zur Erfüllung von religiösen Pflichten keine disziplinarischen Zwangsmittel anwenden.

Kommunistischer Aufschub in Wilhelmshaven.

Nach einer Volksmeinung sollen sich Kommunisten der Stadt Wilhelmshaven bemächtigt haben. Sie sollen die öffentlichen Gebäude, Reichsbank, Stationskasse besetzt halten und das Standgericht verhängt haben. Der Telephon- und Telephonverkehr ist unterbunden. Reisende erzählen, daß alles ruhig sei.

Oldenburg, 27. Januar. Auf der Bahnstrecke von Varel nach Wilhelmshaven streift sämtliches Bahn- und Telegraphenpersonal, um die kommunistischen Unruhen in Wilhelmshaven zum Stillstand zu bringen. Auch die Wertschafft hat sich ihnen angeschlossen. Die Unruhen haben auch nach Westerstede und Nordhamm übergegriffen.

Zwangswelche Einberufung.

Durch die Presse ging vor einigen Tagen eine Notiz, in welcher gesagt wurde, die Regierung treffe Vorbereitungen zu einer eventuellen Einberufung der wehrfähigen Männer bis zu 85 Jahren. Die Nachricht wurde von der Regierung sofort dementiert. Trotzdem nehmen die zwangsweisen Einberufungen ihren Fortgang. Andern noch im Heeresdienst befindlichen Personen wird die Entlassung verweigert. Bei der Einberufung bedienen sich die militärischen Stellen durchaus der alten Methoden. Hier ist ein solches Dokument:

Train-Kelner

H. H.,

Berlin.

Sie haben sich binnen 8 Tagen nach Empfang dieses Schreibens bei obigem Truppenteil zu melden. Andernfalls erfolgt Bestrafung.

Sie haben sich... Das erinnert an die Zeit der militärischen Hochzeit im Jahre 1914. Das klingt nicht wie Demobilisierung, sondern wie neue Aufrüstung. Außerdem erläßt die Feldzeugmeisterei ein Rundschreiben an die Artilleriedepots, bei denen sie anfragt, ob die Weiterführung der Munitionsarbeiten gesichert sei. Sie rechnet bei einer Weiterentwicklung der Verhältnisse im Osten mit einem großen Bedarf an

Feststimmte Funktion und gibt Hinweise, die Anfertigung neuer in die Wege zu leiten und zu beschleunigen. Angesichts solcher Tatsachen empfiehlt es sich, die diesbezüglichen offiziellen Dokumenten der Regierung recht kritisch zu betrachten und alle weiteren Vorgänge scharf im Auge zu behalten.

Landtagswahl in Mecklenburg.

Makel, 28. Januar. Bei den Wahlen zum verfassungsgebenden Mecklenburgischen Landtag verteilten sich die Sitze nach den vorläufigen Wahlergebnissen wie folgt: Sozialdemokratische Partei 31, Deutsche demokratische Partei 18, Deutsche nationale Volkspartei 8, Deutsche Volkspartei 3, Mittelstands-Partei 1, Dorfbund 1, und außerdem noch 2 Sitze für die verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien des vierten Wahlkreises.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Euppe.

Nach der vorläufigen Feststellung des Ergebnisses der Wahlen zum Euppischen Landtag am 28. Januar haben erhalten: Sozialdemokratische Partei 37 425, Demokratische Partei 14 730, Deutschnationale Volkspartei 16 610, Euppischer Wahlverband 3811 Stimmen. Es erhalten demnach Sitze: Sozialdemokraten 11, Demokraten 4, Deutschnationale Volkspartei 5, Euppischer Wahlverband.

Weitere Wahlergebnisse.

1. Wahlkreis. Regierungsbezirk Ostpreußen bis 27. 1. 9 Uhr abends. Deutsche Demokratische Partei 103 398 Stimmen, voraussichtlich 4 Sitze, Mehrheitssozialdemokraten 24 478 Stimmen, voraussichtlich 10 Sitze, Christliche Volkspartei 27 315 Stimmen, voraussichtlich 2 Sitze, Soldatenliste 24 936 Stimmen, voraussichtlich keinen Sitze, Deutsche Volkspartei 55 642 Stimmen, voraussichtlich 2 Sitze, Deutschnationale Volkspartei 78 082 Stimmen, voraussichtlich 3 Sitze, 12 Kreise fehlen noch.

8. Wahlkreis. Provinz Posen. (Amtliches Ergebnis der Nationalwahl.) Deutschnationale Volkspartei 110 502 Stimmen und 5 Sitze, Deutsche Demokratische Partei 72 288 Stimmen und 8 Sitze, Deutsche Volkspartei 54 883 Stimmen und 8 Sitze, Sozialdemokratische Partei 53 297 Stimmen und 2 Sitze, Christliche Volkspartei 88 640 Stimmen und 1 Sitze.

10. Wahlkreis. Regierungsbezirk Opperin. (Amtliches Wahlergebnis.) Unabhängige 32 276 Stimmen (2 Sitze), Mehrheitssozialdemokraten 180 954 Stimmen (7 Sitze), Zentrum 315 304 Stimmen (11 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 47 154 Stimmen (1 Sitze), Deutsche Demokratische Partei 35 450 Stimmen (1 Sitz).

12. Wahlkreis. Reg.-Bez. Magdeburg. (Amtliches Wahlergebnis.) Unabhängige 20 320 Stimmen (keinen Sitz), Mehrheitssozialisten 305 205 Stimmen (7 Sitze), Deutsche Demokratische Partei 147 505 Stimmen (4 Sitze), Deutsche Volkspartei 20 930 Stimmen (keinen Sitz), Deutschnationale Volkspartei 61 148 Stimmen (einen Sitz), Christliche Volkspartei 10 678 Stimmen (keinen Sitz), 25 kleinere Bezirke, die das Ergebnis nicht ändern, fehlen noch aus.

14. Wahlkreis. Schleswig-Holstein und Fürstentum Röhde. (Amtliches Ergebnis.) Mehrheitssozialisten 89 161 Stimmen (5 Sitze), Unabhängige 19 347 Stimmen (keinen Sitz), Deutsche Demokratische Partei 195 085 Stimmen (5 Sitze), Deutsche Volkspartei 61 926 Stimmen (1 Sitz), Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Deutsche 61 764 Stimmen (1 Sitz), Deutschnationale Volkspartei 15 410 Stimmen (1 Sitz), Christliche Volkspartei 7295 Stimmen (keinen Sitz).

16. Wahlkreis. Hannover. Vorläufiges Wahlergebnis. Bis 10 Uhr abends wurden gezählt für die Mehrheitssozialisten 491 527 Stimmen, Deutsche Demokraten 84 526 Stimmen, Unabhängige Sozialisten 10 929 Stimmen, Deutsche Volkspartei 73 094 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 24 157 Stimmen, Deutsch-Hannoveraner und Zentrum 257 093 Stimmen.

18. Wahlkreis. Braunschweig. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Mehrheitssozialisten 404 450, Zentrum 257 163, Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei 149 307, Deutsche Demokratische Partei 84 906, Unabhängige 45 385.

20. Wahlkreis. Regierungsbezirk Ostn.-Nassau. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Christliche Volkspartei 114 036 Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 8283 Stimmen, Deutsche Volkspartei 15 103 Stimmen, Deutsche Demokratische Partei 27 084 Stimmen, Mehrheitssozialisten 108 030 Stimmen, ungenügend 908 Stimmen. Insgesamt haben gewählt 276 827 Stimmen gegenüber 811 181 Stimmen am 19. Januar.

Die Bedeutung der Gemeindevahlen.

Den Wahlen für die Nationalversammlung und für die Preussische Landesversammlung sollen die für die Gemeinden folgen. Nach der veröffentlichten Verordnung sollen die Gemeinden bis zum 2. März neu zusammengesetzt werden; bis dahin bleiben die gewählten Vertreter im Amt. Die Revolution hat auch auf diesem Gebiete mit all den Beschränkungen aufgeräumt, die einer wirklichen Vertretung der breiten Massen des Volkes im Wege standen: Mit dem Dreiklassenwahlrecht und den Privilegien des Haus- und Grundbesitzes.

Zur Wahl zur Gemeindevertretung soll das gleiche Wahlrecht zur Anwendung kommen wie für die Wahlen zur Nationalversammlung und zum Preussischen Parlament; später ist lediglich eine Ortsanwartschaft von 6 Monaten für die Wahlberechtigung in Aussicht genommen. Offen ist noch wie die Magistratsverfassung aussehen soll; ob die Wahl der Magistrate und der anderen Verwaltungsbeamten in direkter Wahl oder durch die Vertretung vorgenommen werden soll.

Nach dieser Wahlordnung ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß wir nach dem 2. März in zahlreichen Gemeinden mit starken sozialistischen Mehrheiten zu rechnen haben werden. Diese Aussicht stellt uns vor große Aufgaben und hebt die Gemeindevahlen über die Bedeutung der stattgegebenen Wahlen weit hinaus. Sozialistische Mehrheiten müssen die Geschäfte der Gemeinden in ihrem Sinne verwalten in einer Zeit, da wir noch in der Privatproduktion stehen. Aber mit Hilfe der vorbereitenden Arbeiten der Sozialisierungskommission werden den Gemeinden heute schon neue Tätigkeitsgebiete eröffnet. Der kommunalsozialismus wird sich erheblich ausweiten können.

Es gibt kaum ein Gebiet, das nicht auch in das Arbeitsgebiet der Gemeinde fällt. Der Krieg mit seiner Zwangswirtschaft hat die Gemeinden gezwungen, zahlreiche Gebiete selbst zu bewirtschaften. Sozialistische Verwaltungen können hier und da ausbauen und erweitern. Im Krieg rächte es sich bitter, daß man sich früher dem Drängen der in der Minderheit befindlichen sozialdemokratischen Vertreter widersetzte, großzügige kommunal-sozialistische Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen.

Eine der wichtigsten ist die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Hier muß fortgeführt werden, was der Krieg aufnotigte. Die Schwierigkeiten sind keine geringen, in einer Zeit, da Produktion und Zufuhr nur eine begrenzte sein kann. Aber der Krieg geht zu Ende. Einfuhr und Zufuhr werden wieder steigen. Da darf dieses wichtige Gebiet nicht wieder profitorientierten Spekulantem ausgeliefert werden. Die Bevölkerung ist nicht einer Handvoll Ausbeutern wegen da.

Ein geordnetes Steuer- und Schulwesen muß Hand in Hand mit großzügigen Reformen der staatlichen Verwaltung in die Wege geleitet werden, damit die Einheitlichkeit gewahrt wird und die Kommunen nicht lokalpatriotische Politik treiben. Das Wohnungswesen stellt einer sozialistischen Gemeindeverwaltung ungeliebte Aufgaben. Die Polizei muß in die Hand der Gemeinde kommen. Zum Teil ist das heute der Fall, aber nur zum Teil. Die Polizei kann kein Organ zur Aufrechterhaltung der früheren staatlichen Machtpolitik sein. Sie soll Schutz und Hilfe den Einwohnern der Gemeinde sein.

Die Gemeinden sollen ihre Verwaltung unter Ausschluß jeder Bevormundung ordnen. Deshalb müssen alle aufstrebenden Verwaltungsbehörden befeitigt werden. Sie fördern nicht, sondern hemmen jede freie Entwicklung, soweit sie nicht allgemein ergänzend das ganze vorwärts bringen.

In einer Zeit, wie der jetzigen, in der auch die Gemeinden durch den Krieg finanziell zerrüttet sind, die Geschäfte der Gemeinden zu übernehmen, in kommunal-sozialistischem Sinne zu leiten, ist eine schwierige Aufgabe. Aber entziehen können wir uns ihr nicht. Vor noch so großen Schwierigkeiten dürfen wir nicht zurückschrecken.





